



# Die Endlagersuche ist gescheitert

*Atomkraft ist ein stiller unerklärter  
Krieg gegen die Menschheit*

# Die Endlagersuche ist gescheitert

- Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) prognostiziert, bis zum Jahr 2040 würden beim "bestimmungsmäßigen Betrieb" insgesamt 277.000 Kubikmeter **schwach- und mittelaktive Abfälle** anfallen, 64% der Abfälle kämen aus kerntechnischen Einrichtungen, 36% stammten von der "öffentlichen Hand".
- Dazu kämen 29.000 Kubikmeter **hochradioaktiver Abfälle**, "Forschungseinrichtungen" wie das Kernforschungszentrum Jülich oder die verglasten hochaktiven Abfälle aus der ehemaligen WAA Karlsruhe machen einen geringen Anteil aus. Nicht eingerechnet sind: die Abfälle, die aus der Asse II geborgen werden sollen, sie sind nicht "bestimmungsgemäß".

# Die Endlagersuche ist gescheitert

- Das erste – illegale - Atommüllendlager in Deutschland war die Kaligrube **Asse II** bei Wolfenbüttel. 1965 kauft die Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF), Vorläuferin des Helmholtz-Zentrums, im Auftrag des Bundes das Kalibergwerk für 800.000 DM. Vom 4.4.1967 bis Ende 1978 wurden 124.494 Fässer mit schwachradioaktiven Abfällen gestapelt oder verstürzt. Aus der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe kamen angeblich 1.293 Fässer mit mittelradioaktivem Abfall hinzu. Lecke und korrodierte Fässer wurden angeliefert, flüssige Abfälle eingelagert. Inzwischen wird zugegeben, dass zwischen 1973 und 1976 mindestens 94 Fässer mit kugelförmigen Brennelementen aus einem Versuchsreaktor im Kernforschungszentrum Jülich in die Asse II gebracht wurden.

# Die Endlagersuche ist gescheitert

- Auf ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren wurde seitens der GSF bewusst verzichtet, eine Bergung der Fässer war nie vorgesehen. Von Anfang an wussten die Betreiber der **Asse II** von der Gefahr eines Wasserzuflusses. Doch Gefälligkeitsgutachter deckelten das riskante Unternehmen. Seit 1988 werden 12 Kubikmeter Wasser aufgefangen und abgepumpt. Die Lauge umspült zumindest eine Einlagerungskammer. Die Asse II säuft ab, der radioaktive Müll liegt drin. Ob eine – zumindest teilweise – Evakuierung der Abfälle noch möglich ist, soll bis zum Jahresende entscheiden werden.
- 2,5 Mrd. Euro sind laut Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) für die Notsicherung veranschlagt. Das BfS hat die Verantwortung übernommen. Die Zuständigkeit wechselte, die Probleme bleiben.

# Die Endlagersuche ist gescheitert

- Nicht die Asse, sondern **Morsleben** war das erste genehmigte Endlager in Deutschland, das zur Zeit eilig geschlossen und teilweise mit Beton verfüllt wird, um das Einstürzen zu verhindern. 1970 erwarben die Atomkraftbetreiber der DDR die Salzgrube. Schon ein Jahr später beginnt das Endlager für radioaktive Abfälle (ERAM) den Betrieb. Parallelität der Ereignisse in Ost und West: Da keine Sicherheitsnachweise vorlagen, erfolgte die Einlagerung des Atommülls bis 1981 unter dem Titel „Einlagerungsversuchsphase“. Wissenschaftler des Deutschen Brennstoffinstituts in Freiberg (Sachsen) merkten schon 1969 an: „Die Grube ist trotz gegenwärtig geringer Zuflüsse einer großen hydrologischen Gefährdung ausgesetzt.“ Zu DDR-Zeiten wurden 14.430 Kubikmeter Abfälle eingelagert. Die Abfälle wurden versprüht, verstürzt und teilweise gestapelt. Zwischen 1994 und 1998 kamen 22.320 Kubikmeter Atommüll hinzu – in erster Linie „Westmüll“.

# Die Endlagersuche ist gescheitert

- Angela Merkel, die sich als Kanzlerin für die Verlängerung von Laufzeiten der Atomkraftwerke und die Aufhebung des Gorleben-Moratoriums stark machte, stellte der Atommüllkippe **Morsleben** noch 1997 als Bundesumweltministerin einen Blankoscheck aus: „Die Standsicherheit des Endlagers und der betroffenen Versturzkammern, aber auch der Hohlräume darüber und darunter, ist für die nächsten Jahrzehnte gegeben“. Das atomrechtliche Genehmigungsverfahren zur Schließung der Anlage hinkt den Sicherungsmaßnahmen hinterher. Die Kosten für die Schließung – nach Schätzungen des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) etwa 2,57 Mrd. Euro - tragen die Steuerzahler.

# Die Endlagersuche ist gescheitert

- Der **Schacht Konrad**, ein ehemaliges Erzbergwerk, ist als Endlager seit 2007 planfestgestellt. Klagen waren erfolglos. Eine Klage vor dem europäischen Gerichtshof ist jedoch noch anhängig. Statt des geplanten Einlagerungsbeginns im Jahr 2014 ist jetzt die Rede davon, dass ab 2018 eingelagert werden könne. Völlig ungeklärt ist, ob die Abfälle aus der Asse II den Einlagerungsspezifikationen im Schacht Konrad entsprechen. Das setzt noch den Bau einer Konditionierungsanlage voraus. 303.000 Kubikmeter Strahlenmüll könnte laut BfS das Bergwerk fassen.
- Der Umbau von Schacht Konrad zu einem Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle wird voraussichtlich rund 1,6 Milliarden Euro kosten.

# Die Endlagersuche ist gescheitert

- Als 1977 **Gorleben** als einziger Standort für ein nukleares Endlager, in dem der hochradioaktive Müll gelagert werden soll, benannt wurde, spielten geologische Kriterien eine völlig untergeordnete Rolle: sie schlugen mit 12,8% zu Buche, gesucht wurde nämlich ein passendes Areal von 12 Quadratkilometern für den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage. Auf 300 Seiten legte Prof. Dr. Klaus Duphorn bereits 1982 fundiert und akribisch dar, welche Risiken der Salzstock Gorleben als Folge der komplizierten geologischen Struktur und der Wasserkontakte für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle birgt. Auftraggeber war die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB), also die Vorgängerbehörde des BfS.



# Die Endlagersuche ist gescheitert

- Im Mai 1983 hatte die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) die bis dahin vorliegenden Untersuchungsergebnisse mit einer „internen Gesamtbewertung“ verbunden, die zu der Empfehlung gelangte, „das Erkundungsrisiko breiter zu streuen.“ Ziel der PTB war es, auch andere Salzstöcke zu erkunden.
- Auf Weisung der Bundesregierung unter Helmut Kohl (CDU) wurde dieser Passus gestrichen und 1986 begann das Abteufen der sogenannten Erkundungsschächte. 1987 kam es zu einem schweren Unfall, der Schacht drohte einzustürzen.
- Für den Ausbau Gorlebens unter der Etikette „Erkundung“ wurden bisher rd. 1, 5 Mrd. Euro ausgegeben. Die schwarz-gelbe Koalition hat das Gorleben-Moratorium im Herbst 2010 aufgehoben, ignoriert die geologischen Einwände und setzt, wie ihre Urväter, auf den alternativlosen Ausbau Gorlebens.

# Die Endlagersuche ist gescheitert

- Weltweit gibt es nach 50 Jahren Nutzung der Atomkraft zur Stromproduktion kein Endlager für die hochradioaktiven Abfälle. Jahrelang galt die Asse als Pilotprojekt für Gorleben. Die Einlagerung von wärmeentwickelnden radioaktiven Abfällen wurde dort simuliert. Wärmequellen sollten Aufschluss geben, wie sich das Salzgestein verhält. Zum Glück konnte Anfang der 90er Jahre verhindert werden, dass hochradioaktiver Müll aus der Plutoniumfabrik und Waffenschmiede Hanford (USA) eingelagert wurde.
- Jeder Salzstock hat ein individuelles Design. Deshalb verbietet sich ein Kurzschluss – die Asse säuft ab, also geht Gorleben nicht. Der Schacht Konrad, Morsleben und die Asse II waren Gewinnungsbergwerke, dort wurde Erz bzw. Kali abgebaut. Gorleben gilt als „unverritz“. Doch die Parallelen zwischen der Asse und Gorleben liegen auf der Hand: Wasserkontakt, Gefälligkeitsgutachter, die Anwendung des Berg - statt des Atomrechts, um ohne Öffentlichkeitsbeteiligung arbeiten zu können. Verritzt ist Gorleben übrigens auch: in den 20er Jahren wurde der Salzstock bei der Suche nach Kalivorkommen wiederholt angebohrt, die Bohrlöcher wurden nicht korrekt verfüllt.



# Die Endlagersuche ist gescheitert

*Die Ruhe auf dem Lande ist oft stille  
Wut (Nicolas Born)*